

Stoiber und die Wahrheit

„Wir haben nur einen Gegner, dieser Gegner ist die Lüge;
die Sozialdemokraten haben nur einen Gegner, das ist die Wahrheit.“

(Edmund Stoiber, Die Zeit vom 25.02.1983)

Arbeitsmarkt

Der Kandidat behauptet:

„Beim Abbau der Arbeitslosigkeit sind wir international in Europa Schlusslicht.“ (Bild am Sonntag, 7.07.2002)

Richtig ist:

Die Arbeitslosenquote Deutschlands ist unter Kohl (1994 – 1998) in Europa am stärksten gestiegen, von 8,4% auf 9,3%, während sie in der Eurozone um 1,0% gesunken ist. In Großbritannien (- 3,2%), Frankreich (- 0,4%), Spanien (- 4,6%) wurde Arbeitslosigkeit in diesem Zeitraum abgebaut.

Unter Gerhard Schröder (1998 – 2001) ist die Arbeitslosenquote in Deutschland laut Eurostat um 1,4%-Punkte von 9,3% (1998) auf 7,9% (2001) gesunken (Eurozone Durchschnitt – 2,1%-Punkte), stärker als Großbritannien (- 1,2%-Punkte), Dänemark (- 0,6%-Punkte), Luxemburg (-0,7%-Punkte) oder Portugal (-1,0%-Punkte).

Unter Kohl (1994 – 1998) ist die Beschäftigtenquote in Deutschland um 0,8%-Punkte gesunken, während sie in der Eurozone um 1,5%-Punkte gestiegen ist: Großbritannien (+ 2,5%-Punkte), Frankreich (+ 0,9%-Punkte), Niederlande (+ 5,9%-Punkte).

Unter Gerhard Schröder (1998-2001) ist die Beschäftigtenquote in Deutschland laut Eurostat um 1,5%-Punkte gestiegen, stärker als in Großbritannien (+ 1,1%-Punkte), Dänemark (+ 1,1%-Punkte) oder Österreich (+ 0,5%-Punkte).

Die Schlußlicht-Kampagne des Kandidaten ist dreist, denn der derzeitige Anstieg der Arbeitslosenzahl in Deutschland geht ganz wesentlich auf die unionsregierten Bundesländer Bayern (+19,9%), Baden-Württemberg (+13,7%), Hessen (+7,6%) und Hamburg (+13,3%) zurück. Diese vier Bundesländer sind zu fast 50% für den saisonbereinigten Anstieg der Arbeitslosenzahlen im Juli 2002 verantwortlich.

Der Kandidat behauptet:

Dass der Zuwachs an Arbeitsplätzen in Deutschland nur durch die „Änderung des 630 DM-Gesetzes“ erfolgte. (Bild am Sonntag, 7.07.2002)

Richtig ist:

Seit 1998 sind in Deutschland 1,2 Mio. neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstanden. 2001 wurde die bisher höchste Erwerbstätigenquote in Deutschland erreicht. Durch die Neuregelung der 630 DM-Arbeitsverhältnisse wurden viele geringfügige Nebenbeschäftigungen in neue Teilzeitarbeitsplätze umgewandelt.

Der Kandidat behauptet:

„Die Jugendarbeitslosigkeit hat sich geradezu dramatisch erhöht – im Mai + 15,6% gegenüber dem Vorjahr.“ (CSU-Parteiausschuss in Fürth, 29.06.02, Redemanuskript S. 11)

Richtig ist:

- Die Zahl der Arbeitslosen unter 20 Jahren ist in Bayern im Juni 2002 gegenüber Juni 2001 um 18,9% gestiegen.
- Die Zahl der Arbeitslosen unter 25 Jahren ist in Bayern im Juni 2002 gegenüber Juni 2001 um 39,9% gestiegen.

Das Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit hat bisher über 450.000 Jugendlichen eine neue Chance verschafft und ihnen damit eine berufliche Perspektive eröffnet. Das Programm, das seit dem 1. Januar 1999 läuft, wird bis Ende 2003 fortgesetzt und ist mit rund 1 Milliarde Euro jährlich ausgestattet.

Die Ausbildungsbilanz ist seit 2 Jahren positiv. Zum ersten Mal seit 1995 war schon im Jahr 2000 die Zahl der offenen Stellen höher, als die Zahl der Bewerber für eine Ausbildungsstelle. Ende September 2000 gab es 2.048 mehr offene Ausbildungsstellen im Dualen System als Bewerber. Im Jahr 2001 ist die Zahl auf 4.073 gestiegen. Die Zahl der Ausbildungsplätze in den zukunftsträchtigen IT- und Medienberufen ist von 14.000 auf über 70.000 gestiegen. Die Arbeitslosenquote der unter 25-jährigen ist von 11,8% (1998) auf 9,1% (2001) gesunken.

Wirtschaftswachstum

Der Kandidat behauptet:

„Wir sind beim wirtschaftlichem Wachstum mit Abstand Letzter.“ (Bild am Sonntag, 7.07.2002)

Richtig ist:

Deutschlands Position ist eine Erblast der Regierung Kohl. Seit Mitte der 80er Jahre belegt Deutschland einen der hinteren Plätze im Wachstumsvergleich. 1985 belegte Deutschland Platz 13, zehn Jahre später– trotz Wiedervereinigungsboom –Platz 14. 1996 rutschte Deutschland sogar auf Platz 15 ab, 1997 und 1998 lag Deutschland wieder auf dem 14. Rang.

Wir holen den Rückstand aus den 90er Jahren auf. In den Jahren 1999 bis 2002 ist das Wachstum trotz schwieriger weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen mit voraussichtlich 1,58% höher als im Durchschnitt der 90er Jahre, in denen wir 1,47% erreichten.

Der Wachstumsabstand zwischen den USA – der weltweit führenden und konjunktur-angehenden Wirtschaftsnation – und Deutschland konnte nicht nur verringert, sondern sogar umgekehrt werden. 1998 lag das Wachstum in Deutschland noch hinter dem der USA. Der Abstand betrug 2,32%. Im Jahr 2001 hatte Deutschland ein um 0,3%-Punkte höheres Wachstum als die USA.

Auch im ersten Quartal 2002 steht Deutschland nicht als Schlusslicht da. Mit 0,2% realem Wachstum liegt Deutschland gleichauf mit Großbritannien, der Schweiz, Italien und Dänemark. Teilweise deutlich geringere Wachstumsraten haben dagegen Finnland, Norwegen und die Niederlande.

Konkurrenzfähigkeit Deutschlands

Der Kandidat behauptet:

„Auch wenn der Bundeskanzler anderes behauptet: die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt geht zurück.“ (Rede vor dem 2. Berliner Kongress der Initiative „Neue soziale Marktwirtschaft“ am 4.07.2002, Manuskript S. 4)

Richtig ist:

Die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf den Weltmärkten geht nicht zurück, sondern nimmt vor allem in den letzten Jahren deutlich zu.

Deutschland ist nach den USA Vizeweltmeister im Export. Trotz rückläufiger Wachstumsraten des Welthandels hat Deutschland in den letzten beiden Jahren seinen Anteil steigern können.

- Der Wert der deutschen Exporte ist in den letzten vier Jahren von 488,37 Mrd. € (1998) auf 637,33 Mrd. € (2001) um rd. 30% gestiegen.
- Nach Angaben des Beauftragten für Auslandsinvestitionen hat sich das Volumen des ausländischen Direktinvestitionen von 1998 bis 2000 mehr als verzehnfacht.
- Die deutsche Volkswirtschaft ist die leistungsfähigste in Europa. Deutschland hat eine Volkswirtschaft, die so stark ist, wie die Frankreichs und Spaniens zusammen. Sie erwirtschaftete in 2001 rund 32% der Wertschöpfung im Euroraum und liegt an der Spitze vor Großbritannien (30%) und Italien (18%).
- Deutsche Unternehmen sind in Europa am innovativsten. Der Anteil der Hochtechnologiebranchen am verarbeitenden Gewerbe liegt in Deutschland mit 46% (1999) am höchsten in Europa.
- 1999 hat Deutschland Großbritannien bei der Anzahl der Biotechnologieunternehmen überholt und in Europa den Spitzenplatz eingenommen.
- Auch als Windkraftstandort nimmt Deutschland eine Spitzenposition ein.
- Beim weltweiten Vergleich volkswirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit sieht das renommierte Weltwirtschaftsforum den Standort Deutschland in 2001 auf Platz 4 unter 75 Nationen, nach Platz 6 in 1999.

Der Kandidat behauptet:

„Unsere Innovationskraft sinkt. Bei der Zahl der Patentanmeldungen pro Mio. Einwohner erreichen wir mit der Zahl von 124 nicht einmal die Hälfte des Wertes der USA (292 Patente je Mio. Einwohner).“ (Rede vor dem 2. Berliner Kongress der Initiative „Neue soziale Marktwirtschaft“, 4.07.2002, Manuskript S.4)

Richtig ist:

Deutschland liegt bei der Zahl der Patentanmeldungen an zweiter Stelle hinter Japan und vor den USA.

Die Zahl der Patentanmeldungen ist von 83.338 (1998) auf 127.000 (2001) gestiegen.

Staatsquote

Der Kandidat behauptet:

„Das ist keine moderne Politik, bei dem Standard zu bleiben, eine Staatsquote von 49 Komma X als richtig anzunehmen.“ (Bild am Sonntag, 7.07.2002)

Richtig ist:

Die Staatsquote in Deutschland liegt heute bei 48,5%, sie lag 1998 bei 49,4%. Sie ist also in der Regierungszeit Gerhard Schröders reduziert worden.

Steuerreform

Der Kandidat behauptet:

„Sie (die Steuerreform) hat den Leuten 30 Milliarden gebracht, die gleichzeitig wieder zurückgenommen worden sind durch die Erhöhung der Ökosteuer, der Mineralölsteuer, und die gleichzeitig den Menschen aus der Tasche genommen worden sind, weil natürlich Sozialversicherungsbeiträge nicht gesenkt (wurden), sondern gestiegen sind.“ (ZDF, Was nun Herr Stoiber, 23.01.2002)

Richtig ist:

Die Erhöhung des steuerlichen Grundfreibetrages und die Absenkung des Einkommenssteuersatzes haben die Arbeitnehmer deutlich entlastet. Alle Steuerrechtsänderungen seit 1998 führen bis zum Jahre 2005 bei privaten Haushalten zu einer Entlastung von rund 41,1 Milliarden Euro. Während unter der alten Regierung der Einkommenssteuersatz, der gerade für kleine und mittlere Einkommen von Bedeutung ist, 1996 von 19% auf den Höchstwert von 25,9% erhöht wurde, senken wir den Einkommenssteuersatz seit 1998 kontinuierlich – bis zum Jahr 2005 auf 15%. Gleichzeitig steigt der Grundfreibetrag, d.h. das Einkommen, auf das keine Steuer gezahlt wird, bis 2005 auf 7.664 Euro (1998: 6.322 Euro). Damit liegt der Einkommenssteuersatz so niedrig wie noch nie, und der Grundfreibetrag erreicht eine neue Rekordhöhe. Seit 1998 ist die Steuerbelastung der Bürger spürbar zurückgegangen.

Die Steuerquote war im letzten Jahr mit 21,6% so niedrig wie seit 1960 nicht mehr.

Mit der ökologischen Steuerreform konnte der Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung seit April 1999 um 1,2%-Punkte auf 19,1% gesenkt und stabilisiert werden. Ohne die Einnahmen aus der Ökosteuer wäre der Beitragssatz im Jahr 2002 um 1,5%-Punkte und im Jahr 2003 um 1,7%-Punkte höher.

Der Kandidat behauptet:

„Und schließlich konstatiere ich beim Steuerkonzept der Bundesregierung eine eklatante soziale Schieflage, unter anderem durch die steuerliche Benachteiligung kleinerer und mittlerer Personenunternehmen gegenüber großen Kapitalgesellschaften...“

Aber wenn das so ist, dann dürfen mittelständige Betriebe gegenüber Großunternehmen auch nicht benachteiligt werden – so wie bei der rot-grünen Steuerreform geschehen.“ (auf der BDI-Jahrestagung in Berlin, 11.6.02, Manuskript S. 10/11)

Richtig ist:

Handwerk und Mittelstand profitieren von der Senkung des Einkommensteuertarifs ebenso wie Arbeitnehmer. Der Spitzensteuersatz betrug zur Zeit der Kohl-Regierung 52%. Wir haben ihn in Stufen gesenkt. Heute beträgt der 48,5% und im Jahr 2005 42%. Der steuerfreie Grundbetrag steigt im gleichen Zeitraum von rund 6.300 Euro auf rund 7.700 Euro, der Eingangssteuersatz vermindert sich von rund 26% auf 15%.

Insgesamt wird der Mittelstand durch unsere Steuerreform bis 2005 um 16,7 Milliarden Euro entlastet. Eine Benachteiligung des zum größten Teil als Personenunternehmen organisierten Mittelstandes im Vergleich zu Kapitalgesellschaften gibt es nicht. Denn die Kapitalgesellschaften zahlen von jedem verdienten Euro ca. 38,6% an Körperschaft- und Gewerbesteuer. Hinzu kommt die Einkommensteuer, die von den Anteilseignern für empfangene Gewinnausschüttungen zu zahlen ist. Die Gesamtsteuerbelastung eines verheirateten Personenunternehmens mit einem Gewinn von 55.000 Euro beträgt im Jahr 2002 lediglich 22%. Durch die Einkommensteuertarifreform wird im Jahr 2005 seine Gesamtsteuerbelastung auf 20% sinken. Um eine Gesamtsteuerbelastung von 38,6% zu erreichen, müsste ein verheirateter Personenunternehmer im Jahr 2005 einen Gewinn vor Steuern von 247.000 Euro erzielen. Das schaffen weniger als 5% der Personenunternehmen.

Der Kandidat behauptet:

„Ein deutliches Zeichen für die soziale Schiefelage und die handwerklichen Fehler der rot-grünen Steuerreform ist auch der dramatische Einbruch beim Körperschaftsteueraufkommen: Im Jahr 2000 lag das Körperschaftsteueraufkommen bei rund 23 Milliarden Euro, im Jahr 2001 hingegen bei –0,4 Milliarden Euro! Aus einer Einnahmequelle ist ein Ausgabenposten geworden!“ (auf der BDI-Jahrestagung in Berlin, 11.06.2002, Manuskript S. 10/11)

Richtig ist:

Im Mai dieses Jahres sind die Steuereinnahmen erstmals gegenüber dem Vorjahr wieder gestiegen. Rund 8 Milliarden Euro dieses Jahr und 12,5 Milliarden Euro für

2003 werden an Körperschaftsteueraufkommen prognostiziert. Damit zahlen Kapitalgesellschaften durchaus Steuern.

Außerdem ist das Aufkommen aus der Kapitalertragsteuer der Anteilseigner im letzten Jahr deutlich gestiegen. Das Aufkommen stieg von 13,5 Mrd. € (2000) auf 20,9 Mrd. € in 2001 und hat damit die geringeren Einnahmen aus der Körperschaftssteuer nahezu kompensiert.

Ziel der Senkung des Körperschaftsteuersatzes auf 25% war u.a. Unternehmen wettbewerbsfähiger zu machen. Es ist also politisch gewollt, dass Kapitalgesellschaften weniger Steuern zahlen!

Personengesellschaften sind dagegen durch die deutliche Senkung bei der Einkommensteuer (Erhöhung des Grundfreibetrages und Senkung des Eingangsteuersatzes) entlastet worden.

Der Kandidat behauptet:

„Ich werfe Herrn Schröder vor, dass er einen schwerwiegenden Fehler gemacht hat mit der Körperschaftsteuer. Eine 15-jährige Phase einzubauen, in der die Unternehmen ihre früher gezahlte Körperschaftsteuer zum Teil zurückverlangen können, führt jetzt im zweiten Jahr in Folge zu einem Totalausfall dieser wichtigen Einnahmequelle.“
(Printduell in der Süddeutschen Zeitung, 13.08.2002)

Richtig ist:

Die Systemumstellung im Körperschaftsteuerrecht zum 1. Januar 2001 hat zur Folge, dass der Fiskus nicht mehr zwischen einbehaltenen und ausgeschütteten Gewinnen unterscheidet. Es gibt nur noch einen einheitlichen Körperschaftsteuersatz von 25%.

Vor der Systemumstellung mussten Unternehmen auf einbehaltene Gewinne einen höheren Körperschaftsteuersatz (40%) bezahlen als auf ausgeschüttete Gewinne (30%). Wurden diese einbehaltenen Gewinne nachträglich ausgeschüttet, erhielt das Unternehmen die Differenz (10 Prozentpunkte) vom Fiskus erstattet.

Zum Zeitpunkt der Systemumstellung hatten die Kapitalgesellschaften ein „Anrechnungsguthaben“ von rd. 36 Mrd. €. Die Streichung dieses Erstattungsanspruchs im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens war u.a. wegen schwerwiegender rechtlicher Probleme nicht mehrheitsfähig. Deshalb wurde vereinbart, dass Kapitalgesellschaf-

ten über einen Zeitraum von 15 Jahren ihr Guthaben auflösen und so Steuererstattungen einfordern können.

Viele Unternehmen nutzen die lange Übergangsfrist nicht, sondern realisieren ihr Ausschüttungsguthaben früher als erwartet. Allein für das letzte Jahr wurden rd. 7,5 Mrd. € verrechnet. Doch das, was jetzt schon angerechnet wurde, kann nicht mehr in der Folgejahren geltend gemacht werden. Das Anrechnungsguthaben sinkt also für die Folgejahre.

Das verstärkte Ausschüttungsverfahren führt auf der anderen Seite zu Mehreinnahmen bei der Kapitalertragssteuer, die die Anteilseigner abführen müssen. Das Aufkommen stieg von 13,5 Mrd. € (2000) auf 20,9 Mrd. € in 2001 und hat damit die geringeren Einnahmen aus der Körperschaftssteuer nahezu kompensiert.

Der Kandidat behauptet:

„Der Mittelstand zahlt höhere Steuern als die Aktiengesellschaften und die GmbHs.“
(Printduell in der Süddeutschen Zeitung, 13.08.2002)

Richtig ist:

Kapitalgesellschaften zahlen 25 Prozent Körperschaftsteuer. Die Körperschaftsteuer ist eine Definitivsteuer, d.h. Kapitalgesellschaften zahlen sie vom ersten verdienten Euro, hinzu kommen ca. 13% Gewerbeertragsteuer.

Durch die seit Herbst 1998 verabschiedeten Steuerreformschritte wird der Mittelstand bis zum Jahr 2005 um insgesamt 16,7 Milliarden Euro entlastet. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen haben sich durch die nachhaltige Absenkung der Lohnnebenkosten deutlich verbessert. Nach den massiven Steuerentlastungen wurden mit der Weiterentwicklung des Unternehmenssteuerrechts strukturelle Veränderungen vorgenommen, die zu einer zusätzlichen Entlastung des Mittelstandes von rund 650 Mio. Euro führen (u.a. durch die Reinvestitionsrücklage).

- Personengesellschaften wurden faktisch von der Gewerbesteuer freigestellt, weil sie mit der Einkommensteuer verrechnet werden kann.

- Die Beitragssätze zur Sozialversicherung sind von 42% (1998) um 0,7%-Punkte auf 41,3% (2002) gesunken. Das entlastet gerade den personenintensiven Mittelstand von Lohnnebenkosten.

Der Kandidat behauptet:

„Ich hatte zunächst angesprochen, dass die Großen, die Aktiengesellschaften und die GmbH, gegenwärtig keine Einkommensteuer bezahlen.“ (Bild am Sonntag, 7.07.2002)

Richtig ist:

Die „Großen“ werden nie per Einkommenssteuer besteuert. Sie zahlen Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer. Personengesellschafter zahlen dagegen Einkommenssteuer und die haben wir gesenkt.

Der Kandidat behauptet:

Dass „die Abfindungen von Arbeitnehmern, die arbeitslos werden“, jetzt höher besteuert werden. (Bild-Zeitung, 8.07.2002)

Richtig ist:

Das sind Krokodilstränen: Die Petersberger Beschlüsse der Union vom 22.01.1997 sahen für die Arbeitnehmer u.a. die Streichung des Freibetrages für Abfindungen bei Auflösung der Arbeitsverhältnisse vor!

Der Kandidat behauptet:

Dass die Streichung „an Schicht- und Nachtarbeitszuschlägen“ nicht in den Petersberger Beschlüssen der Union steht. (Bild am Sonntag, 7.07.2002)

Richtig ist:

Die Petersberger Beschlüsse vom 22.1.1997 sahen für Arbeitnehmer folgende Maßnahmen zur Verbreiterung der Bemessungsgrundlage vor:

- Verringerung des Arbeitnehmerpauschbetrages für Werbungskosten von

- 2000 DM auf 1300 DM und Einschränkung der Kilometerpauschale
- Abschaffung der Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit
- Streichung des Freibetrages für Abfindungen bei Auflösungen der Arbeitsverhältnisse von bis zu 36.000 DM
- Wegfall der Steuerfreiheit für Geburts- und Heiratsbeihilfen sowie Bergmannsprämien und Jubiläumsgewinne
- Einschränkung der Steuerfreiheit für Arbeitnehmerermäßigungen
- Einbeziehung von Lohnersatzleistungen mit 50% in die Besteuerung, beispielsweise Arbeitslosengeld, -hilfe, Kurzarbeiter-, Schlechtwetter- und Krankengeld.

Staatsverschuldung

Der Kandidat behauptet:

„Ausgerechnet Deutschland treibt jetzt die Staatsverschuldung in unverantwortliche Höhe!“(CSU-Parteiausschusses in Fürth, 29.06.02, Redemanuskript S. 8)

Richtig ist:

Die Regierung Kohl hat einen total überschuldeten Staat hinterlassen. Die Bundes-schuld ist von 1982 bis 1998 von 160 Mrd. € auf über 740 Mrd. € (ca. 1,5 Billionen DM) angestiegen. Jede vierte Steuermark (rd. 40 Mrd. €) musste der Bund jährlich für Zinszahlungen ausgeben, ohne dass der Schuldenberg getilgt wird.

Der Entwurf des Bundeshaushaltes für das Jahr 2003 sieht eine weitere Reduzierung der Nettokreditaufnahme auf 15,5 Mrd. € vor. Damit muss 2003 nur noch jeder fünfte Steuereuro für Zinszahlungen ausgegeben werden. Die Nettokreditaufnahme hat sich seit 1998 um 46% verringert.

Ziel bleibt es, im Jahr 2006 einen ausgeglichenen Haushalt ohne einen einzigen Euro Kreditaufnahme zu präsentieren.

Im übrigen weiß Stoiber selber nicht was er will. Mal tritt er für eine höhere Neuverschuldung ein, mal lehnt er sie ab.

Der Kandidat behauptet:

„Unser Haushaltsziel ist die Rückführung der Neuverschuldung.“ (Wahlprogramm der CDU/CSU)

Richtig ist:

In dieser Legislaturperiode haben CDU/CSU Anträge im Plenum gestellt, die rund 139 Milliarden Euro Mehrausgaben bzw. Neuschulden verursacht hätten. Summa summarum ergeben sich aus allen Forderungen, die CDU und CSU insgesamt stellen, Ausgaben oder Steuermindereinnahmen in Höhe von rund 222 Milliarden Euro.

Die Union macht Wahlversprechen in Höhe von rund 70 Milliarden Euro. Wie das Ziel der Haushaltssanierung bewerkstelligt werden kann, bleibt das Geheimnis der Union.

Länderfinanzausgleich

Der Kandidat behauptet:

„Nein, das ist keine Drohung. Wir wollen den Finanzausgleich nicht grundsätzlich infrage stellen, aber es ist ein Problem, wenn Länder sich Regierungen wählen, die ganz eindeutig keinen wirtschaftsfreundlichen Kurs fahren, von Vergesellschaftung reden und die ganze Eigentumsordnung ablehnen. Glauben Sie denn, irgendjemand investiert gern in einer Stadt, wo die Mitregierenden linkssozialistischen Träumen nachhängen, wenn er auch in Düsseldorf, München, Italien oder Holland investieren kann?“ (Die Zeit, 21.06.2001)

Richtig ist:

Bayern hat vor dem Bundesverfassungsgericht gegen den Finanzausgleich geklagt. Die neuen Länder waren davon besonders betroffen, weil rund 87% der Leistungen innerhalb des Finanzausgleichs in die neuen Länder fließen. Der Vorschlag von Bayern und Baden-Württemberg zur Neuregelung des Länderfinanzausgleichs hätte gerade für die neuen Länder zu extremen Einnahmefällen geführt:

- Berlin: - 2,4 Milliarden Euro
- Sachsen-Anhalt: - 1,1 Milliarden Euro
- Sachsen: - 1,6 Milliarden Euro
- Thüringen: - 1,04 Milliarden Euro
- Mecklenburg-Vorpommern: - 0,8 Milliarden Euro und
- Brandenburg: - 0,9 Milliarden Euro.

Gleichzeitig hätte sich Bayern mit 1,3 Milliarden Euro und Baden-Württemberg mit 1,1 Milliarden Euro besser gestellt.

Risikostrukturausgleich der Krankenkassen

Der Kandidat behauptet:

„... und was den Risikostrukturausgleich anbelangt, wissen Sie auch, dass der gegenwärtige Risikostrukturausgleich so, wie er sich gegenwärtig darstellt, zu Ungleichgewichten führt. Diese müssen wir sowieso ändern. Aber es steht auch fest, dass auch hier die neuen Länder ganz besonders behandelt werden müssen.“ (Bild-Zeitung, 9.07.2002)

Richtig ist:

Mit der Klage von Bayern, Hessen und Baden-Württemberg gegen die Risikostrukturausgleich der Krankenkassen betreibt Stoiber zusammen mit seinen Kollegen Teufel und Koch eine unverantwortliche Politik der Entsolidarisierung gegen Ostdeutschland. Denn Stoiber nimmt bei dieser Klage bewusst in Kauf, dass die Krankenkassenbeiträge in Ostdeutschland, die im Durchschnitt bereits bei 14% liegen, auf bis zu 20% und mehr steigen. Die finanzielle Belastung der Arbeitnehmer würde deutlich erhöht, gleichzeitig wäre der Beitragsanstieg ein Jobvernichtungsprogramm für Ostdeutschland. Das wäre ein Schlag gegen die Wirtschaft in Ostdeutschland und gegen den gesamten Aufbau Ost.

Der Kandidat behauptet:

„Heute bereits explodieren die Kassenbeiträge und die Zwei-Klassen-Medizin ist bittere Realität in Deutschland.“ (Rede zum politischen Aschermittwoch, Passau, 13.02.02, Manuskript S. 7)

Richtig ist:

Von 1991 bis 1998 ist der Durchschnittsbeitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung von 12,3% auf 13,6% gestiegen. Gleichzeitig stieg das Zuzahlungsvolumen der Patienten für Arzneimittel von 0,6 Mrd. € (1,2 Mrd. DM) auf 2,8 Mrd. € (5,4 Mrd. DM).

Von 1998 bis 2000 ist das Zuzahlungsvolumen dagegen aufgrund der gesetzlichen Vorgaben der rot-grünen Bundesregierung von 2,8 Mrd. € (5,4 Mrd. DM) wieder auf 1,8 Mrd. € (3,5 Mrd. DM) gesunken.

Der durchschnittliche Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung liegt seit 1998 bundesweit bei 13,65% und entsprach damit dem Niveau des Jahres 1998.

Die rot-grüne Regierungskoalition sorgt mit ihrer Politik für stabile Beitragssätze und für Gerechtigkeit im Gesundheitswesen u.a. durch die Reduzierung der Zuzahlungen bei Arzneimitteln. Die kurzzeitige Steigerung des durchschnittlichen allgemeinen Beitragssatzes im I. Quartal 2002 auf 13,98% ist auf die gestiegene Leistungsanspruchnahme zurückzuführen. Dieser Trend wird im Jahresdurchschnitt wieder umgekehrt werden.

Im übrigen: wenn dem Versicherten nach den CDU-Plänen Wahlfreiheit in der Leistungsauswahl eingeräumt werden soll, läuft das faktisch auf die Aufteilung in Grund- und Wahlleistungen hinaus. Denn sollten die ursprünglich abgewählten Leistungen dennoch einmal benötigt werden, müssen sie natürlich extra bezahlt werden. Und dies kann dann teuer werden und den einzelnen überfordern. Er kann sich dann das medizinisch notwendige nicht mehr leisten.

Der Kandidat behauptet:

„So müssen wir anerkennen, dass der medizinische Fortschritt in Sprüngen geht und deswegen ist die rot-grüne Budgetierung, Rationierung von Gesundheit, falsch.“

(Printduell in der Süddeutschen Zeitung, 13.08.2002)

Richtig ist:

Die Budgetierung wurde von Seehofer eingeführt. Seehofer hat die Abschaffung von Budgets angekündigt, sie doch nie durchgesetzt. Wir haben die Arzneimittelbudgetierung abgeschafft. Einige Budgetierungen sind aus Seehofers Zeiten noch vorhanden. Wir bauen die Budgets sukksessive ab. Es gibt also keine rot-grüne Budgetierung. Es sind Seehofers Budgetierungen.

Rente

Der Kandidat behauptet:

„Auch unabhängig vom Verfassungsgerichtsurteil ist die rot-grüne Rentenreform un-seriös gerechnet und nicht langfristig tragfähig.“ (Rede vor dem 2. Berliner Kongress der Initiative „Neue soziale Marktwirtschaft“, 4.07.2002, Manuskript S.17)

Richtig ist:

Die Rentenreform bietet Alt und Jung neue Sicherheit und Verlässlichkeit. Bis zum Jahre 2020 bleiben die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung unter 20%. Bis 2030 werden sie nicht über 22% steigen. Zur Erinnerung: Im letzten Regierungsjahr Helmut Kohls lag der Beitragssatz bei 20,3%.

Die Rentenreform schafft auch neues Vertrauen bei älteren Menschen. Seit dem Jahr 2001 steigen die Renten wieder parallel zu den Löhnen und Gehältern; in diesem Jahr wird der Anstieg in den alten Bundesländern 2,16% und in den neuen Bundesländern 2,89% betragen. Damit sind die Renten wieder am Wachstum und an der allgemeinen Wohlstandssteigerung beteiligt.

Durch eine Anpassung der Rentenformel ab 2011 wird gewährleistet, dass das Rentenniveau nicht unter 67% fällt.

Seit 1998 ist der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung von 20,3% auf 19,1% gesunken.

Der Kandidat behauptet:

„Sogar die Stiftung Warentest warnt vor dieser Riester-Rente.“ (Bild-Zeitung, 18.07.2002)

Richtig ist:

Die Stiftung Warentest wirbt mit dem Hinweis: „Riestern lohnt sich“.

Die Zeitschrift „Finanztest“ der Stiftung Warentest stellt fest: „Wir haben ganz klar gesagt: Die Riester-Rente lohnt sich für jeden, der die staatlichen Zulagen bekommt.“ (Financial Times Deutschland, 24.7.02)

Die FAZ vom 28.6.02 schreibt: „Die Riester-Rente darf nicht scheitern. Denn jede Regierung ist darauf angewiesen, dass die Riester-Rente ein Erfolg wird.“

Der Kandidat behauptet:

„Herr Schröder verantwortet, dass die nächsten 8 Jahre die Rentner jeweils 0,5% weniger an Rentenanpassung bekommen, obwohl nur eine Minderheit der Beitragszahler überhaupt eine kapitalgesicherte Rente in Anspruch nimmt.“ (Printduell in der Süddeutschen Zeitung, 13.08.2002)

Richtig ist:

Der von der alten Regierung eingeführte demographische Faktor in der Rentenformel wurde für zwei Jahre ausgesetzt. Die von der Regierung Kohl gewollte Absenkung des Rentenniveaus auf 64% ist damit nicht eingetreten. Allein die Aussetzung des demographischen Faktors bewirkte zum 1.7.99 eine um 0,52% höhere Rente. Zum 1.7.02 sind die Renten um 2,16% im Westen und um 2,89% im Osten gestiegen.

Die Rentenanpassung 1999 war höher als nach den CDU-Vorstellungen.

Der Staat fördert auf freiwilliger Basis den Aufbau einer privaten Vorsorge. Damit sich auch die Bezieher kleiner Einkommen und Familien diese Vorsorge leisten können, fördert der Staat massiv den Aufbau eines Kapitalstocks; in der Endstufe mit rd. 12,7 Mrd. € jährlich.

Hierzu muss auch der ehemalige Arbeitsminister Norbert Blüm feststellen: „Ein Kompliment muss man der Schröder-Regierung machen: sie hat für die Förderung der Privatversicherung mehr Geld in die Hand genommen ...“ (Generalanzeiger vom 26.6.02)

Der Kandidat behauptet:

„Es ist nicht akzeptabel, dass Kinder heute zum Armutsrisiko Nr. 1 geworden sind. Es ist untragbar, dass heute über eine Million Kinder auf Sozialhilfe angewiesen sind.“ (Rede beim politischen Aschermittwoch, Passau, 13.02.02, Manuskript S. 41 und vgl. S. 51)

Richtig ist:

Stoiber kritisiert die Politik Kohls. Im Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“ heißt es:

„Die absolute Zahl der Kinder und Jugendlichen bis zum Alter von 18 Jahren, deren Eltern für sie Hilfe zum Lebensunterhalt beziehen, lag Ende 1996, also in der Regierungszeit Helmut Kohls bei 1.010.000. Das sind 37,6 v.H. aller Empfänger zur Sozialhilfe. Bezogen auf alle Kinder und Jugendlichen unter 18 sind damit 6,3 v.H. betroffen.“ (Zweiter Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“, S. 609 und vgl. den 11. Kinder- und Jugendbericht, Drs. 14/8181, S. 140)

Die Zahl der Sozialhilfeempfänger ist seit 1998 gesunken, von 2,9 Mio. auf 2,7 Mio. (2000).

Der Kandidat behauptet:

„Aber wir als Parteien der bürgerlichen Mitte messen der Familie traditionell eine überragende Bedeutung bei.“ (Rede zum politischen Aschermittwoch, Passau, 13.02.02, Manuskript S. 42)

Richtig ist:

Jahrelang haben CDU und CSU es zugelassen, dass die Familien in verfassungswidriger Höhe besteuert wurden. Das hat das Bundesverfassungsgericht im November 1998 festgestellt.

Wir entlasten Familien durch die Steuerreform, die dreimalige Erhöhung des Kindergeldes, die Neuregelung der Freibeträge, die Erhöhung von BAföG und Wohngeld.

Im Jahr 2002 geben wir insgesamt für Leistungen und Steuererleichterungen für Familien 53 Mrd. € aus, das sind rd. 13 Mrd. € mehr als unter Kohl.

Der Kandidat behauptet:

„Wenn es dem DGB um soziale Gerechtigkeit ginge, müsste er gegen die Regierung protestieren, die zum Beispiel den Haushaltsfreibetrag für Alleinerziehende streicht.“
(Die Zeit, 25.06.02)

Richtig ist:

Das Bundesverfassungsgericht sieht im Haushaltsfreibetrag für Alleinerziehende eine Benachteiligung für Verheiratete. Deshalb hat Karlsruhe den Bundestag aufgefordert, diesen Haushaltsfreibetrag abzuschaffen. Die Regierungskoalition hat beschlossen, die vollständige Abschaffung des Haushaltsfreibetrages nur allmählich in Stufen und zwar in den Jahren 2002, 2003 und 2005, also sozialverträglich, vorzunehmen.

Ausländer in Deutschland

Der Kandidat behauptet:

„Schon heute hat Deutschland den größten Ausländeranteil innerhalb der EU! Wir integrieren jedes Jahr rund eine halbe Million Menschen aus anderen Ländern und Kulturen – eine Stadt in der Größe von Dortmund oder Nürnberg!“ (Rede auf dem CSU-Parteitag in Nürnberg, 13.10.2001, Redemanuskript S. 21)

Richtig ist:

„Gut 7,3 Mio. Ausländer leben in Deutschland. Diese Zahl ist seit 1996 in etwa gleich geblieben. Der Ausländeranteil liegt über dem EU-Durchschnitt von knapp 5%. Er ist allerdings auch abhängig von den Einbürgerungsraten. Einbürgerung hat in der Vergangenheit in Deutschland eine vergleichsweise geringe Rolle gespielt.“ (Bericht der Unabhängigen Kommission Zuwanderung, S. 31)

Der Ausländeranteil in Deutschland liegt bei 8,94%, in Luxemburg liegt er bei 34,13% und in Österreich bei 9,3%, in Belgien liegt er bei 8,33%. (Quelle: Eurostat, Stand: 1.1.00, Stand Luxemburg: 1.1.98)

Der Saldo der Nettozuwanderung lag im Jahr 2000 bei 86.466, im Jahr 1999 bei 118.235.

1997 und 1998 sind mit –21.768 bzw. –33.455 mehr Menschen aus Deutschland aus- als zugewandert, der Wanderungssaldo war also negativ.

Außenpolitik

Der Kandidat behauptet:

„Diese rot-grüne Regierung ist ein Sicherheitsrisiko für Deutschland.“ (Rede zum politischen Aschermittwoch, Passau, 13.02.02, Manuskript S. 48)

Richtig ist:

Von Unzuverlässigkeit oder mangelnder Standhaftigkeit kann keine Rede sein. Vielmehr hat Gerhard Schröder die Solidarität Deutschlands mit den USA im Kampf gegen den internationalen Terrorismus deutlich gemacht.

Im übrigen: Stoiber selbst ist es, der zu außenpolitischer Verwirrung und Irritationen beiträgt, wenn er auf dem Ostpreußentag und dem Sudetendeuschentag verbal zündelt und die gute Nachbarschaft mit Polen und Tschechen beeinträchtigt. *Die Zeit* vom 27.06.02 sprach diesbezüglich von einer „Rabaukennummer“ Stoibers und betont: „Dies ist ein Skandal, schlimmer, eine nachhaltige Dummheit.“